

Vom Herausgeber.

„Ukrainische Nachrichten“, Mitteilungen des Bundes zur Befreiung der Ukraine, welche im 3. Jahrgang ihrer 100. Nummer von dem Redaktionskomitee eingestellt wurden, werden jetzt unter meiner persönlichen Leitung und auf meine Verantwortung als eine Zeitungskorrespondenz herausgegeben.

Die jüngsten Ereignisse in der Ukraine und ihre mangelhafte, zum Teil auch falsche Darstellung in der mitteleuropäischen Presse machen das Erscheinen einer solchen Korrespondenz notwendig.

Gründliche Bekanntschaft mit den treibenden Kräften und mit den führenden Persönlichkeiten der gegenwärtigen ukrainischen Bewegung sowie die Möglichkeit die Nachrichten aus soliden Quellen zu schöpfen, geben die Bürgschaft für die Verlässlichkeit unserer Informationen. Die Schriftleitung hofft den politischen Kriegen der Zentralmächte nützlich zu sein und der kulturellen Welt eine richtige Vorstellung über die Bestrebungen des um seine Freiheit ringenden ukrainischen Volkes zu geben.

Da die Schriftleitung in nahen Beziehungen zu den ukrainischen politischen Parteien und Organisationen steht, wird dieselbe auch in der Lage sein, die Tagespresse über die politischen Ereignisse in den österreichisch-ukrainischen Lager unmittelbar zu informieren.

Mykola Trotzkyj.

(U. N.) Die Bildung des ukrainischen Zentralrates.

Mit dem Ausbruch der russischen Revolution wurde der Ukrainische Zentralrat, die oberste nationale Vertretung des ukrainischen Volkes, gebildet. Auf dem Allgemeinen ukrainischen Kongress, der zu Ostern in Kiew stattfand, wurde der Zentralrat erweitert, indem alle ukrainischen Parteien und Organisationen ihre Vertreter für den Zentralrat wählten. Der Zentralrat ist die einzige wahre Vertretung des ukrainischen Volkes in Russland. Seine Autorität ist in allen Schichten der Nation anerkannt. An der Spitze des Zentralrates steht Universitätsprofessor Mychajlo Hruschewskyj.

(U. N.) Die Forderungen des Ukrainischen Zentralrates an die provisorische Regierung.

Die Delegation des Ukrainischen Zentralrates überbrachte der provisorischen Regierung ein Memorandum mit den Forderungen des ukrainischen Volkes. Die wichtigsten von diesen sind: Die Veröffentlichung eines Aktes durch die provisorische Regierung über die Autonomie der Ukraine; die unverzügliche Ausscheidung der ukrainischen Gouvernements in ein separates Verwaltungsgebiet mit einem Landrat und einem Kommissar der provisorischen Regierung; in Kiew an der Spitze sowie die Ernennung eines Kommissars bei der provisorischen Regierung für die ukrainischen Angelegenheiten; die Bildung eines separaten ukrainischen Heeres.

(U. N.) Die Ablehnung der ukrainischen Forderungen durch die provisorische Regierung.

Durch ein von der juristischen Kommission der provisorischen Regierung ausgearbeitetes Kommuniqué wurden die Forderungen des Ukrainischen Zentralrates abgelehnt. Die provisorische Regierung erklärte, dass nur die Konstituanten das Recht habe, die Autonomie der Ukraine anzuerkennen. Ebenso ablehnend verhielt sich die Regierung auch in der Frage eines separaten ukrainischen Heeres.

(U. N.) Der Allgemeine ukrainische Bauernkongress gegen die provisorische Regierung.

Die ablehnende Antwort der Regierung an den Ukrainischen Zentralrat schuf eine sehr erregte Stimmung auf dem ukrainischen Volke. In Kiew tagte, nach der Verlesung des Petrograder Telegramms erklärte Professor Hruschewskyj: „Die Fei der Revolution ist zu Ende! Die Stunde der Gefahr naht, sie muss die Ukraine organisiert finden!“ Einige Redner verlangten sofortige Proklamation einer unabhängigen ukrainischen Republik. Andere Redner forderten das ukrainische Volk auf, seine Freiheit mit den Waffen gegen die Russen zu verteidigen. In seiner Resolution erklärte sich der Kongress mit dem Ukrainischen Zentralrat vollkommen einig und forderte denselben auf, einen Kongress der Vertreter der Völker und der Gebiete einzuberufen, welche die Einführung der föderativen Republik in Russland verlangen sowie die Einführung der ukrainischen territorialen Versammlung (Konstituanten) zu beschleunigen.

(U. N.) Die Stellungnahme des Ukrainischen Zentralrates zur Entscheidung der provisorischen Regierung.

Der Ukrainische Zentralrat konstatierte, dass die provisorische Regierung bewusst gegen die Interessen des ukrainischen Volkes aufgetreten ist und dass alle Mittel erschöpft wurden, um mit der Regierung eine Verständigung zu erzielen. Der Ukrainische Zentralrat beschloss einen Aufruf an das ukrainische Volk zu veröffentlichen, mit der Aufforderung, sich zu organisieren und die Autonomie der Ukraine unverzüglich durchzuführen.

(U. N.) Der ukrainische Militärkongress in Kiew.

An dem von Kerenzkyj verbotenen ukrainischen Militärkongress, der Ende Juni in Kiew tagte, nahmen gegen 2500 Delegierte teil, welche gegen 2 Millionen ukrainische Soldaten und Matrosen vertraten. Der Kongress hatte einen sehr stürmischen Verlauf. Der Bericht Wyntschchenkos, des Ersten Vizepräsidenten des Zentralrates, über die Verhandlungen der ukrainischen Delegation mit der Petrograder Regierung rief auf dem Kongress die größte Entrüstung gegen dieselbe hervor. In seiner Resolution forderte der Kongress den Zentralrat auf, sich nicht mehr an die Regierung zu wenden und die Autonomie der Ukraine unverzüglich durchzuführen. Professor M. Hruschewskyj erklärte, dass die Ukraine im Rahmen der föderativen russischen Republik die gleiche Stellung haben soll wie zum Beispiel Bayern im Deutschen Bunde. Die ökonomischen Interessen der Ukraine müssen in einem grösseren Masse geschützt werden.

Die verspätete telegraphische Mitteilung Kerenzkyjs, dass er gegen die Tätigkeit der ukrainischen Militärvertretung, des ukrainischen Generalkomitees, nichts einzuwenden habe, wurde mit lauten böhmischen Lachen der Kongresteilnehmer empfangen.

(U. N.) Die ukrainische Militärbewegung.

Da die provisorische Regierung der normalen Bildung des ukrainischen Heeres verschiedene Hindernisse stellte, begann die letztere einen krisenhaften Charakter anzunehmen. In einer Reihe von Städten der Ukraine führten die Soldaten auf eigene Faust die Ukrainisierung ihrer Regimenter durch und änderten die Benennungen derselben. Die Befehle gingen in solchen Fällen gewöhnlich hoch, um blutige Kämpfe zu vermeiden. Auf dem Lande organisierte sich eine ukrainische Volksmiliz. Im Bezirk Zwenyhorod (Kiewer Gouvernement) ist die Miliz zum Beispiel 750 Mann stark.

In Odessa veröffentlichte der ukrainische Militär den Aufruf an die ukrainischen Soldaten, in welchem sie aufgefordert wurden, so lange an die Front nicht abzugehen, bis die Soldaten ukrainischer Nationalität in separate Heeresteile eingeteilt werden. Die provisorische Regierung wurde gezwungen, die widerspenstigen Regimenter vorläufig in Odessa zu belassen und dann den ukrainischen Korps zuzuteilen.

In Schytomyr (Wolhynien) und Uman (Podolien) sind ebenfalls ukrainische Regimenter gebildet worden. Der ukrainische Teil der Besatzung von Wynnizja (Podolien) erklärte, dass der ukrainische Militär-Generalkomitee von Kiew als die oberste ukrainische Militärinstanz anerkannt werden soll.

(U. N.) Manifest des Ukrainischen Zentralrates an das ukrainische Volk.

Auf dem ukrainischen Militärkongress verlas der Vizepräsident des Ukrainischen Zentralrates W. Wyntschchenko das von Rate verabschiedete Manifest an das ukrainische Volk. In diesem feierlichen Akt wird unter anderem gesagt: „Ohne mit dem russischen Staat zu brechen, hat das ukrainische Volk das Recht, in seinem Lande selbst über sein Schicksal frei zu verfügen. Die allgemeine ukrainische Vertretung — der ukrainische Landtag — hat die Gesetze für die Ukraine zu verfassen und die Ordnung herzustellen. Nur diesem gesetzgebenden Körper gehört das Recht, nach der Durchführung der Konstitution der Ukraine, der Klosterrückführung, sowie auch des privaten Grundbesitzes über ukrainisch sehen Grund und Boden zu verfügen. Die Vertreter des ukrainischen Volkes wählten uns — den Ukrainischen Zentralrat — stellen uns an die Spitze unseres Volkes und befehlen das neue Leben der ukrainischen Nation zu schaffen. Die provisorische Regierung sties unsere ihr gerechte Hand zurück und lehnte unsere Forderungen ab, sie wollte nicht mit uns arbeiten, daher müssen wir selbst die Ordnung in unserem Lande wiederherstellen. Jedes Mitglied unserer Nation muss wissen, dass die Stunde der grossen Taten gekommen ist. Jede Ortschaft und alle Selbstverwaltungsorgane müssen in engeren Kontakt mit dem Zentralrat bleiben. Wir, der Ukrainische Zentralrat, verfügen, dass die Bevölkerung vom 1. (14.) Juli d. J. besondere Steuern für die nationale Sache entrichtet. Das ukrainische Volk muss zeigen, dass es würdig ist, neben jeder staatlichen Nation als gleiches neben gleichen Platz zu nehmen.“

Die Verlesung dieses historischen Aktes wurde mit stürmischem Enthusiasmus von dem Kongress vernommen. Darauf wurde das Manifest auf dem Sophienplatz vor dem Denkmal Chmelnyzkyjs dem Volke verlesen.

(U. N.) Die Demission des Gouvernementskommissars von Katerinoslaw.

Der Katerinoslawer Kommissar Gogberg, der den Ukrainern feindlich gesinnt war, wurde durch die Bemühungen derselben gezwungen zu demissionieren.

(U. N.) Ein neuer Kommissar für das Gouvernement Podolien.

Die Regierung ernannte den Ukrainer Doktor Stachowskyj zum Gouvernementskommissar von Podolien. (Dr. Stachowskyj gab 1906 in Kiew das ukrainische sozialdemokratische Blatt „Borotha“ („Der Kampf“) heraus.)

(U. N.) Die Ausweisung des Bischofs Eulogius aus Wolhynien.

Der Gouvernementsrat der Vereinigten Gesellschaftsorganisation in Schytomyr beschloss, den Bischof Eulogius als einen Feind der neuen Staatsordnung aus dem Gouvernement Wolhynien auszuweisen. Der Bischof Eulogius, bekannt als Feind des ukrainischen Volkes, während der ersten russischen Invasion bekehrte er zwangsweise die orthodox-katholische Bevölkerung Ostgaliziens zur Orthodxie.

(U. N.) Die ukrainische Presse in Kiew über die Proklamation des Ukrainischen Zentralrates.

„Robotnytsja Gazeta“, Wynnzenkos Organ, schreibt: „Die Proklamation — das ist die Lösung für die ukrainischen Massen, welche selbstständig, aber ohne die Verbindung mit der Demokratie anderer Völker zu verlieren, die Schöpfung der Grundlagen der freien Ukraine in die Hände nehmen sollen. Wir sind überzeugt, dass wir in kurzer Zeit die grosse Freude erleben werden, die Angelegenheit der Bildung einer freien autonomen Ukraine vollenden zu sehen.“

„Nowa Rada“, Hruschewskyjs Organ, schreibt: „Der Zentralrat hat, als gewähltes Organ mit der Sprache der Behörde, sein Gebot und Disziplin der Freiheit, gesprochen. Der Zentralrat hat seine offizielle Kraft, aber seine Bedeutung ist auf moralischer Autorität gegründet. Freilich werden die dem Ukrainertum

feindlichen Leute darin einen Anschlag auf die Revolution und andere Schrecknisse sehen, aber wir werden von dem gewählten Weg nicht weichen.“

(U. N.) Die Stellungnahme der russischen Presse zum Manifest des Ukrainischen Zentralrates.

Die Mitjulkowsche „Rjetsch“ stellte sich sehr feindlich zur Proklamation der Autonomie der Ukraine. „Die Ukraine“, schreibt „Rjetsch“, „führen ein böses Spiel mit Russland. Die ukrainischen Politiker verschieben jetzt das, wofür die Deutschen arbeiteten, indem sie den Bund zur Befreiung der Ukraine unterstützen.“ „Rjetsch“ fordert die Regierung auf, energische Massnahmen zu ergreifen, um die Ukrainer in Schranken zu halten.

„Rjetsch“ schreibt weiter: „Wir fordern, dass das Manifest des Ukrainischen Zentralrates von der Bevölkerung der Ukraine zu Taten auffordert, welche die Stützen des russischen Staates untergraben. Man muss eine entscheidende Antwort auf das Manifest geben, welches nichts anderes als ein Staatsverbrechen ist. Man muss nicht vor den äussersten Mitteln zurückschrecken, um die Wirkung dieses Manifestes zu vereiteln.“

Auf die Lamentationen der „Rjetsch“ und anderer ähnlicher Organe antwortet „Russkaja Wolja“ folgendes: „Wir brauchen nicht den Kampf, sondern die Verhandlungen mit der Ukraine, eine Uebereinstimmung der Interessen der beiden Völker. Dazu braucht man nicht „zu Hilfe!“ zu schreiben, wie das Organ Mitjulkows tut.“ In dem Akte des Zentralrates sieht „Russkaja Wolja“ nicht die Loslösung der Ukraine, sondern nur die ersten Schritte zur ihrer Verwirklichung. Die „eigenmächtige“ Proklamation der Autonomie will „Russkaja Wolja“ durch die negative Stellungnahme der provisorischen Regierung zu den Forderungen des Zentralrates rechtfertigen.

„Dien“ schreibt: „Wir sind keine prinzipiellen Gegner der Autonomie der Ukraine. Wir wollen aufrichtig der Ukraine nicht nur die ganze zur Entwicklung ihrer nationalen Kräfte notwendige Freiheit mitzuteilen, sondern wir anerkennen auch das Recht der Ukrainer, von der provisorischen Regierung schon jetzt die Befriedigung der wichtigsten nationalen Bedürfnisse zu verlangen. Dies ist die provisorische Regierung sowie die russische Gesellschaft der Ukrainer schuldig. Die Regierung muss ihre Vertreter in die Ukraine schicken, damit sie an Ort und Stelle die Situation prüfen und ein Programm ausarbeiten, das den Interessen der Ukrainer entspricht.“

(U. N.) Die Stellungnahme russischer Politiker zum Manifest des Zentralrates.

„Russkaja Wolja“ vom 28. Juni bringt die Äusserungen verschiedener russischer Politiker ihren Korrespondenten gegenüber betreffs des ukrainischen Manifestes.

P. Miljnkow (Kadett) sagte, dass der Zentralrat durch Veröffentlichung seines Manifestes ein grosses Verbrechen beging, welches für die Zukunft der Ukraine katastrophal sein kann.

F. Roditschew (Kadett) äusserte sich reserviert, indem er sagte, dass man sich dort nicht orientieren kann, wo nur leere Worte und keine Taten sind.

F. Dan (Sozialdemokrat, Mensch.) sagt, dass die Ukraine sowie andere freundschaftliche Provinzen ein unzufriedenes Recht auf Autonomie und sogar auf Abspaltung und auf eine föderative Verbindung mit Russland haben, wenn die Mehrzahl der Bevölkerung dafür ist, er halte aber die vorzeitige Forcierung der nationalen und der Provinzfragen für schädlich, solange die Eroberungen der Revolution nicht gesichert sind. Daher sei die eudämonistische Entscheidung der ukrainischen sowie der sonstigen nationalen Fragen der Konstituanten zu überlassen.

A. Goz (Sozialrevolutionär und Mitglied des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates), der die Veröffentlichung des Manifestes des Zentralrates so wie manche andere russische Politiker als Loslösung der Ukraine von Russland verstanden hat, erklärte, dass die Ukrainer den grössten Fehler begingen, da sie dadurch die russische Demokratie schwächen. Er erzählte über die Ankunft der ukrainischen Delegation in Petrograd mit den bekannten Forderungen, welche durch die provisorische Regierung abgelehnt wurden, und sagte: „Wir hörten von den ukrainischen Delegierten kein Wort darüber, dass die Ukraine die Absicht habe, sich loszureissen, daher bereitet uns der genannte Akt die vollste Überraschung und wird erst den Gegenstand unserer Besprechungen bilden.“

(U. N.) Der Kongress der ukrainischen Juristen.

Am 27. Juni fand in Kiew der Kongress der ukrainischen Juristen statt. Professor M. Hruschewskyj hielt einen Vortrag über die historischen und politisch-ökonomischen Grundsätze der Autonomie der Ukraine. Es wurden auch Vorträge über „Die historische Entwicklung des ukrainischen Rechts“ und „Die Sprache der Gerichtsinstitutionen Galiziens“ gehalten. Der Kongress nahm die Resolution betreffend die Ukrainisierung des Gerichtswesens in der Ukraine mit der Sicherstellung der Rechte der nationalen Minderheiten an. Forcierte alle ukrainischen Juristen, welche ausserhalb der Ukraine wohnen, auf, in die Heimat zurückzukehren, und beschloss, alle jetzt geltenden Gesetze ins Ukrainische zu übersetzen.

(U. N.) Der Bund des ukrainischen Staatswesens.

Am 18. Juni fand in Kiew eine von über 2500 Personen besetzte Versammlung statt, welche vom oben genannten Bund einberufen worden war. Die Versammlung hatte einen russeneindischen Charakter und nahm folgende Resolution an: „Der Bund des ukrainischen Staatswesens fordert das ukrainische Volk auf, um die Schaffung der unabhängigen demokratischen Republik in der vereinigten Ukraine mit der Souveränität der ukrainischen Nation und mit Sicherstellung der Rechte der nationalen Minderheiten zu kämpfen und die Schaffung der freien Vereinigungen mit anderen Nationen auf dem Territorium der Ukraine zu erstreben. Die

Schaffung der ukrainischen Republik ist eine internationale Frage, da in ihren Grenzen die Gebiete sein müssen, welche jetzt von den Zentralmächten besetzt sind, daher verlangt der Bund, dass an der internationalen Friedenskonferenz auch die Vertreter des ukrainischen Volkes teilnehmen.“

(U. N.) Der Aufruf des Kommissars Doroschenko an die Bevölkerung von Galizien und der Bukowina.

„Rjetsch“ berichtet, dass der Landeskommissar der akkumulierten Teile von Galizien und der Bukowina, Doroschenko, einen Aufruf an die Bevölkerung veröffentlichte, in welchem gesagt wird, dass die Politik der alten Regierung keinen Platz mehr finden wird. Die neuen Behörden beabsichtigen nicht, die alten sozialpolitischen Institutionen der Bevölkerung zu verletzen, halten vielmehr für notwendig, alle Massnahmen zu ergreifen, um die Lage der Bevölkerung zu erleichtern. Die neuen Behörden werden ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Approvisionnement richten.

(U. N.) Die Führer der ukrainischen Bewegung in Russland.



Professor Michael Hruschewskyj, der grösste ukrainische Geschichtsschreiber, Verfasser der monumentalen „Geschichte der Ukraine“ (bis jetzt sind acht umfangreiche Bände erschienen), zahlreiche andere Arbeiten über die Geschichte der Ukraine und politischer Abhandlungen über mannigfache Probleme ukrainischen nationalen Lebens, Schöpfer und Gestalter des kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Lebens des ukrainischen Volkes in den letzten 25 Jahren. Ordentlicher Professor der Geschichte Osteuropas an der Lemberger Universität seit dem Jahre 1890. Langjähriger Obmann der ukrainischen wissenschaftlichen Studenten-Gesellschaft in Lemberg und in Kiew, Chefredakteur der wissenschaftlichen Publikationen dieser beiden Gesellschaften u. s. w.

Seinen politischen Anschauungen nach ist Professor Hruschewskyj ein nationaler Demokrat, Autonomist und Föderalist. In Galizien betätigte er sich an der Gründung der ukrainischen nationaldemokratischen Partei und war einige Jahre einer der hervorragendsten Mitglieder derselben. Er wirkte vor allem publizistisch und verfasste zahlreiche grundsätzliche Aufsätze über das Programm und die Taktik seiner Partei. Einige Jahre vor dem Kriegeausbruch, als sich in seiner Partei ein tiefer Umschwung zum Opportunismus vollzog, trat er mit scharfer Kritik gegen die neue Richtung auf und verliess die Reihen der Partei, deren Politik ihm zu wenig prinzipiell, zu wenig volkstämmlich war. Durch diesen Austritt entzog er sich überhaupt dem praktischen politischen Leben der österreichischen Ukraine, mit desto grösserer Energie widmete sich Prof. Hruschewskyj den politischen Angelegenheiten der russischen Ukraine. Jedes Jahr verbrachte er einige Monate in Kiew und spielte dort die Hauptrolle bei der Organisation der immerhin illegalen ukrainischen politischen Bewegung. Er war Schöpfer des „Bundes der ukrainischen Fortschrittler“, einer zwischenparteilichen politischen Organisation, in deren Händen beinahe die ganze politische Bewegung der russischen Ukraine bis zum Revolutionsausbruch ruhte.

Der Kriegeausbruch überraschte Professor Hruschewskyj in seinem Sommeraufenthalt in den galizischen Karpathen. Von dort reiste er nach Wien, um von den zarischen Truppen nicht gefangen genommen zu werden. Im Frühjahr 1915 erhielt er die Bewilligung der österreichischen Behörden, über Rumänien in die Ukraine zu reisen. Einige Tage nach seiner Ankunft in Kiew wurde Professor Hruschewskyj verhaftet und administrativ nach Simbirsk verbannt. In dieser politischen Verbannung verbrachte Professor Hruschewskyj die ganze Kriegszeit bis zum Ausbruch der Revolution, blieb jedoch keinem Moment untätig. Im Gegenteil! Er setzte ununterbrochen seine wissenschaftliche Arbeit fort, fand jedoch auch Zeit genug, um ukrainische Broschüren politischen Inhalts zu verfassen sowie in zahlreichen Aufsätzen, die in der russischen fortschrittlichen Presse veröffentlicht wurden, die ukrainische politische Bewegung gegen fortgesetzte Angriffe seitens des reaktionären Russentums zu verteidigen. Während der Revolution kehrte Professor Hruschewskyj unverzüglich nach Kiew zurück und stellte sich in die ersten Reihen der Kämpfer für die Befreiung des Vaterlandes. In Würdigung seiner politischen Begabung, Standhaftigkeit, Energie, seines feurigen Patriotismus, seines aussergewöhnlichen Arbeitsamtes und Leistungsfähigkeit und seines einwandfreien Charakters wurde Professor Hruschewskyj zum Obmann des Ukrainischen Zentralrates in Kiew erwählt, der die oberste nationale Instanz für die ganze russische Ukraine ist und sich einer aussergewöhnlichen, allgemein anerkannten Popularität erfreut. Professor Hruschewskyj steht jetzt in seinem 51. Lebensjahre und bewahrt seine volle Manneskraft trotz der überanstrengenden Arbeit, in welcher er ununterbrochen sein Leben führt.